Ressort: Politik

Staatsbesuch von Erdogan steht unter keinem leuchtenden Stern

Gegenwind vom Journalistenverband (DJV)

Berlin, 25.09.2018, 12:51 Uhr

GDN - Wenn Staatspräsident Erdogan der rote Teppich ausgrollt wird, könnten die ersten Proteste dem Präsidenten zur Stolperfalle werden lassen?

Mehrere Politiker haben vorab schon angekündigt, Erdogan beim Staatsbankett im Schloss Bellevue nicht sehen und treffen zu wollen.
Letzteres aus guten Gründen .

Christian Lindner (FDP) erklärt: Militärische Ehren und ein Staatsbankett nach dem Referendum, nach Beschimpfungen, nach der Inhaftierung von Journalisten, das ist doch eine Steilvorlage für Erdogan, daraus Propaganda zu machen (Quelle Welt).

Die Grünen Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter haben ihre Teilnahme ebenfalls abgesagt.

Der Deutsche Journalistenverbund ruft zum Protest gegen Erdogan auf.
Verschiedene Organisationen, insbesondere der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) rufen dazu auf, am 28. September in Berlin gegen den Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Deutschland zu protestieren (Quelle: ANF-News). Die Proteste sollen am 28. September ab 11 Uhr auf dem Washingtonplatz am Berliner Bahnhof stattfinden.
Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands Frank erklärte, es ist eine Ohrfeige ins Gesicht aller verfolgten Journalistinnen und Journalisten in der Türkei, das Erdogan in Berlin mit militärischen Ehren empfangen wird (Quelle ANF-News).

Reporter ohne Grenzen, Amnesty International und das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) wollen sich an den Protesten beteiligen (Quelle ANF-News).

Bei allem Verständnis für die geplanten Proteste, die nicht nur deutsche Presseverbände, sondern auch fast 100 andere Organisationen in Berlin angekündigt haben, sollten wir eins nicht vergessen:
Ohne einen Dialog mit dem türkischen Präsidenten werden die inhaftierten Journalisten weder frei kommen, noch eine Basis erschaffen, die ein Klima der Entspannung schafft.

Die Weltgemeinschaft weiß sehr genau, dass der türkische Präsident nicht nur Journalisten, sondern auch tausende Staatsbedienstete, Lehrer, Polizisten, Staatsanwälte, Richter und viele Personen aus der Bevölkerung in Haft hält.

Wir benötigen dringend einen diplomatischen Kanal, der weder durch Drohungen noch durch Sanktionen die Türkei an den Verhandlungstisch bringt. Das Klima zwischen Deutschland und der Türkei ist schon jetzt vergiftet. Wenn wir nicht jetzt anfangen, vorurteilslos und ohne Vorbedingungen dem türkischen Präsidenten eine Tür für offene und ehrliche Gespräche öffnen, dann ist es zu befürchten, dass wir die Inhaftierten nicht zu ihrer Freilassung verhelfen können.
Ich appelliere daher an den türkischen Präsidenten, sich nicht weiter in der Weltgemeinschaft zu isolieren, sondern die türkische Justiz auf die Grundlage universeller Rechtsnormen und Menschenrechte zu stellen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-112383/staatsbesuch-von-erdogan-steht-unter-keinem-leuchtenden-stern.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Dennis Andresen

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Dennis Andresen

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619